Nr. 347 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 167

Bezugspreis:
Vierteljährlich 180.— M., monatlich 60.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 108.— M., für das übrige Ausland 142.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Abend-Ausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

2 Mark

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 25.— M. Reklamezeile 125.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 7.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 6.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 10.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295 und 2506—2507

Dienstag, den 25. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506—2507

Der Konflikt mit Bayern.

München, 24. Juli.

„Zum Konflikt mit Berlin muß es doch kommen. Wir werden nicht warten, bis man uns die Waffen genommen hat."

So sagte in Gegenwart von Mitgliedern anderer Parteien ein einflußreiches und vorlautes Mitglied der Bayerischen Volkspartei.

Während in Berlin die schwierigen Verhandlungen über das Gesetz zum Schutz der Republik schwebten, sagte ein anderer Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei: „Ich verstehe die Reichsregierung in Berlin nicht, was die es sich Schweiß kosten läßt, diese Gesetze für Bayern annehmbar zu machen. Nach allen Zugeständnissen wird die bayerische Regierung erklären, daß das Gesetz für sie nicht annehmbar ist. Sie wollen doch nur Stimmung gegen das Reich machen, sie wollen nur die Trennung vom Reich vorbereiten. Sie wollen ihr bayerisches Königreich haben, wenn auch die Pfalz und Franken verloren geht, dafür tauschen sie Nordtirol ein und dann haben sie ihr katholisches Königreich und haben mit dem Reich nichts mehr zu tun."

Diese Ausführungen der beiden bayerischen Abgeordneten erklären weit mehr als alle Ministerreden, als alle Entrüstungsresolutionen, als alle Parteierklärungen und alle Zeitungsartikel der partikularistischen und nationalistischen Presse in Bayern.

Was nun geschieht, ist die folgerichtige Auswirkung der Gedanken, die diese beiden Parlamentarier der Bayerischen Volkspartei entwickelt haben. Das Reich steht in einem Konflikt mit Bayern, der jedes weitere Verhandeln, jeden Ausgleich ausschließt. Das offizielle Bayern hat die Rechtsgrundlagen, auf denen es selbst und sein Verhältnis zum Reich beruht, zertrümmert. Man muß an den Aufstand der Legitimisten in der Vendee während der großen französischen Revolution denken, um ein Gleichnis zu finden mit dem, was sich in Bayern ereignet hat. Sollten wir auch anzunehmen haben, daß alle für den Reichsrat Bayerns verantwortlichen Personen in ihrem Privatleben ehrenwerte Männer sind, so muß doch das entrüstete Wort eines bayerischen Rechtsgelehrten an diesem Sonntag bedeutsam erscheinen, daß im Privatleben ein derartiger Vertragsbruch etwas ganz Unerhörtes, daß eine Rechtsauffassung, wie sie die bayerische Regierung wagt, juristisch unfaßbar ist.

Die am Montag abend veröffentlichte Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums hat in der Verfassungsgeschichte des Deutschen Reichs im 19. und 20. Jahrhundert keines gleichen, eine Analogie für sie kann man nur im Zeitalter der deutschen Gegenkaiser finden. Es heißt darin, daß das Gesetz zum Schutze der Republik eine Verletzung der Grundsätze der Staatsordnung und der echten Demokratie, wie auch ein Verlassen der Grundlage der Weimarer Reichsverfassung bedeute. Diese Behauptung beleidigt nicht nur den Reichspräsidenten, das Reichskabinett und alle Parteien des Reichstags mit Ausnahme der Kommunisten und der extremen Monarchisten; es ist dabei den bayerischen Föderalisten auch das Unheil widerfahren, daß sie das Organ des Föderalismus im Reiche, den Reichsrat, damit auf das schwerste kränken. Die Vertreter aller Regierungen der Länder — Bayern allein ausgenommen — haben im Reichsrat für das Gesetz zum Schutze der Republik gestimmt. Ihnen werfen also Graf Lerchenfeld und seine Treiber vor, daß sie die Grundsätze der Staatsordnung verletzt und die Grundlage der Weimarer Reichsverfassung verlassen haben. Es ist wie in einem Irrenhause, wo der Irre sich allein für vernünftig, alle anderen Menschen für verrückt hält. Jedoch wäre es noch eine Entschuldigung der bayerischen Regierung, und derer, die sie auf diesen Weg stoßen, wenn man von ihnen annehmen würde, daß sie von Wahnideen besessen seien, nein, sie sind sich dessen vollständig bewußt, daß sie mit Argumenten hantierten, die niemand ernst nehmen kann. Das zeigt sich schon an ihrer Behauptung, daß der Inhalt des Gesetzes und die Art seines Zustandekommens in Bayern außerordentliche Erregung hervorgerufen haben. Davon ist in Bayern gar nichts zu merken. Diese Behauptung liest man wohl in bayerisch-partikularistischen Zeitungen, die von der norddeutschen Industrie ausgehalten werden, aber die Bevölkerung lacht einfach darüber.

Das ist um so beachtenswerter, als sich nicht nur die prostituierte Presse auf das äußerste bemüht, die Bevölkerung gegen das Reich, gegen „Berlin" aufzuputschen. Flammrote Plakate von ganz ungewöhnlicher Größe und jedenfalls den entsprechenden Kosten rufen am straßenbelebten Sonntag die Münchener „zur Volksabstimmung" auf. Tatsächlich freilich nur zu einer Versammlung, in der gegen die Weimarische Verfassung, für die Aufrichtung eines neuen föderalistischen Deutschen Reichs Stimmung gemacht wird.

Aufregung herrscht vielleicht in dem Kreise derer um Ludendorff und Pöhner, in Studenten- und Offizierkreisen, in den Geheimbündlerorganisationen, ja vielleicht auch in weiteren Kreisen des Chiemgaues, aber sicherlich nicht in den berühmten 80 Prozent der bayerischen Bevölkerung, die angeblich monarchistisch gesinnt sein sollen. Mit dieser Aufregung will man nun die Tatsache begründen, daß ein mit weit mehr als zwei Drittel Mehrheit angenommenes Reichsgesetz in Bayern sofort, nachdem es vom Reichspräsidenten verkündet worden ist, außer Kraft gesetzt wird. Die verfassungschändende Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums, die auch von dem Bauernbündler Wutzlhofer unterzeichnet wurde, obgleich der bauernbündlerische Reichsernährungsminister Fehr den Bauernbund von der Schleppenträgerei der Bayerischen Volkspartei abzuhalten suchte, soll den Zweck haben, einen Rechtsputsch zu verhindern. Ein Rechtsputsch, das wissen doch die Ludendorff, Erhardt und die anderen aus Preußen stammenden echtbayerischen Rechtsputschisten, muß sich gegen ein Objekt richten. Diese Rechtsputschisten können nicht gegen die bayerische Regierung und gegen die bayerischen Koalitionsparteien putschen. Eine Regierung, die den Mut hat, sich auf die breiten Massen des Volkes zu stützen, hat es nicht nötig, vor Verschwörerzirkeln zu kapitulieren. So ist es klar, daß die bayerische Regierung nicht bloß gegen die Grundsätze der Reichsverfassung, sondern auch gegen die allereinfachsten Gesetze der Vernunft und Logik aufs schwerste sündigt.

Wenn auch am Dienstag der Landtag in der Prannerstraße zu bittersten Wortgefechten zusammentritt, so hat nach der Auffassung jedermanns in Bayern nun die Reichsregierung das Wort.

Die Sozialdemokratie hofft, daß die Reichsregierung frei von jeder Schwäche handeln wird, wie es die von ihr beschworene Verfassung, wie es das Ansehen Deutschlands in der Welt, wie es die Notwendigkeit des Weiterbestehens des Deutschen Reiches erfordert.

•

München, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die bayerische offiziöse Presse übernimmt getreulich alle Schlagworte, mit denen die Regierung ihre Verordnung im „Staatsanzeiger" einleitet. Sie behauptet, daß die Reichsregierung außerstande sei, von sich aus die bayerische Verordnung außer Kraft zu setzen, daß sie vielmehr lediglich das Verlangen danach an die bayerische Regierung stellen könne, dem selbstverständlich nicht entsprochen werden würde. Dies sei ein neuer „verfassungsmäßiger" Weg, auf dem sich das bayerische Volk seine Justiz- und Polizeihoheit wahren könne. Noch krummer geht die deutschnationale und deutschvölkische Presse vor. Hier ist nicht mehr von der Reichsregierung, sondern von der „Berliner Regierung" die Rede. Reichskriminalbeamte, die in Bayern dienstlich tätig waren, werden „bolschewistische Agenten" genannt. Der Kampf gegen Berlin wird nach wie vor mit aller Dreistigkeit als ein Kampf gegen den Bolschewismus hingestellt. So heißt es in einem Aufruf der Bayerischen Mittelpartei unter völliger Umkehrung der Tatsachen: „Die unter dem verfassungswidrigen Druck der Straße und der Gewerkschaftsnebenregierung zustande gekommenen Ausnahmegesetze des Reiches zerstören die Grundlagen der Weimarer Verfassung. Dem raubgierigen Bolschewismus bereiten sie die Bahn. Das ehrliebende und sachlich arbeitende Beamtentum wird entrechtet und in seiner Gesinnung geknechtet. Wir fordern, daß die bayerische Staatsregierung unbeugsam ausharrt."

Die Umbildung der Regierungskoalition wird voraussichtlich heute oder morgen erfolgen. Bemerkenswert ist der Aufruf des Bayerischen Bauernbundes, der zwar dem Ministerium Lerchenfeld das Vertrauen ausspricht, aber doch zum Ausdruck bringt, daß der Bauernbund der Regierung nur auf den durch die Reichsverfassung vorgezeichneten Wegen zu folgen bereit sei, d. h. auf deutsch: die bayerische Regierung wird sich, sobald sie einen auch für das bayerische Vorstellungsvermögen begreiflichen Verfassungsbruch begeht, mit der Bayerischen Volkspartei und der Mittelpartei allein auf weiter Flur befinden.

Im übrigen rührt sich bereits energischer Widerstand gegen den regierungsoffiziösen Verfassungsbruch im Land. Selbst die in Bayern sonst sehr genügsamen Demokraten führen eine erfreulich kräftige Sprache in ihrem Aufruf, in dem sie die Regierung warnen vor der Katastrophenpolitik, die sie einzuschlagen offensichtlich bereit sei.

Auch aus den führenden Provinzblättern der Bayerischen Volkspartei, der „Augsburger Postzeitung" und dem „Regensburger Anzeiger", sind heute kleinlaute und beschwichtigende Töne zu vernehmen. Trotzalledem scheint es, als ob die ehemaligen Ministerkollegen des Herrn v. Kahr, unterstützt durch die bekannten inoffiziellen Kräfte „vaterländisch gesinnter Kreise", ihre Sabotagepolitik am Reich so lange fortzusetzen gedenken, bis ihnen die republikanisch gesinnte Bevölkerung Bayerns und des ganzen Reichs noch deutlicher als bisher den Ernst der Lage zum Bewußtsein gebracht haben wird.

Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett trat heute vormittag zu einer neuen Sitzung zusammen, um sich mit der durch die Verordnung der bayerischen Regierung geschaffenen Lage zu beschäftigen. Die Beratungen dauern bei Schluß des Blattes noch an. In amtlichen Kreisen hegt man keinen Zweifel darüber, daß die Verordnung der bayerischen Regierung rechtsungültig ist und in Widerspruch mit der Verfassung steht. Die Frage, auf welche Weise Bayern auf den Weg der Verfassung zurückgebracht wird, insbesondere ob der Reichspräsident von seinem verfassungsmäßigen Recht, die Verordnung in Bayern aufzuheben, Gebrauch machen wird, ist noch nicht entschieden.

Vor einer Rede Lerchenfelds.

München, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der bayerische Ministerpräsident, Graf Lerchenfeld, wird heute nachmittag im Landtag eine Erklärung über die Verordnung des Gesamtministeriums vom 24. Juli abgeben. Zum Rücktritt des demokratischen Handelsministers Hamm ist noch zu melden, daß er verfassungsrechtlich und politisch die Mitverantwortung für die vom Ministerrat beschlossene Verordnung zum Schutze der Republik nicht übernehmen zu können glaubte und ebenso gegen die von der Regierung in Aussicht genommene Erklärung zum Reichskriminalpolizeigesetz schwere Bedenken trägt, da sie eine Politik der gütlichen Verständigung mit dem Reiche über die Ausführung des Gesetzes erschwere.

Arbeitsgemeinschaft in Bayern.

Münchener und Berliner Zeitungen berichten, daß die beiden sozialistischen Parteien in Bayern zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengetreten seien und am Sonntag eine gemeinsame Sitzung in München abgehalten haben. Eine derartige Arbeitsgemeinschaft besteht nicht. Die Sitzung, die zu dieser Meldung Anlaß gab, war beschickt von den sozialdemokratischen Abgeordneten des bayerischen Landtages und von unseren Parteigenossen aus dem Reichstage, die in Bayern gewählt wurden. In dieser Sitzung, deren entscheidenden Beschluß der „Vorwärts" schon mitgeteilt hat, wurde ein Schreiben der Unabhängigen Landtagsfraktion verlesen, die eine Besprechung über die Möglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien im bayerischen Landtage wünschte. Diese Besprechung dürfte in den nächsten Tagen stattfinden.

Nordbayern rührt sich!

Einundzwanzig nordbayerische Bürgermeister haben nach einer Besprechung in Nürnberg das folgende Telegramm an den Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld abgesandt:

> Einundzwanzig in Nürnberg versammelte Bürgermeister der nordbayerischen Städte Nürnberg, Fürth, Würzburg, Erlangen, Bamberg, Ansbach, Schwabach, Roth, Weißenburg, Rodenberg, Dinkelsbühl, Bayreuth, Hof, Kulmbach, Kronach, Hersbruck, Markt-Redwitz, Kitzingen, Schweinfurt, Selb und Eichstädt stellen angesichts der Eigenart der nordbayerischen Verhältnisse an Regierung und Landtag besorgten Herzens die dringendste Bitte, nichts zu unternehmen, was das Verbleiben Bayerns beim Reich gefährden und über Reich, Land und Volk schwerste Erschütterungen bringen könnte. Sie bitten, morgen (Dienstag) mittag 1 Uhr, eine Vertretung zu mündlicher Aussprache zu empfangen.

Als Vertretung für die Aussprache wurden bestimmt die Oberbürgermeister Wächter-Bamberg, Dr. Luppe-Nürnberg, Dr. Wild-Fürth und Bürgermeister Dr. Jahn-Würzburg.

Der Stadtrat Nürnberg hat gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei beschlossen, an den Ministerpräsidenten und an den Landtagspräsidenten Königsbauer folgendes Telegramm zu richten:

> Der Stadtrat Nürnberg hält in unwandelbarer Treue zum Deutschen Reiche. Er weiß sich eins mit der gesamten Bevölkerung Nürnbergs in dem Ziele, die Reichseinheit gegen alle Angriffe zu bewahren, und er legt Verwahrung ein gegen eine Nichtachtung verfassungsmäßig erlassener Reichsgesetze. Er warnt Regierung und Landtag auf das dringendste vor einem Bruch mit dem Reiche, der die Zertrümmerung Bayerns und ein weiteres furchtbares Unheil für das Reich bedeuten würde.

Der Stadtrat erläßt zugleich an die Bürgerschaft das Ersuchen, sich trotz der begreiflichen Erregung aller unüberlegten Schritte und Handlungen zu enthalten.

Fremdenflucht aus Bayern.

Aus Bayern hat seit Sonntag eine förmliche Flucht der Fremden eingesetzt, die sich im Laufe des gestrigen Tages noch verstärkt hat. Alle nach Norden gehenden Züge sind überfüllt, man hört in ihnen alle deutschen Mundarten und viele fremde Sprachen. Sommergäste, die sich für den August angesagt haben, ziehen ihre Bestellungen telegraphisch zurück. Die Besorgnis vor schweren inneren Ereignissen macht Bayern zu einem von allen Nichtbayern gemiedenen Land, und wenn es so weiter geht oder wenn sich die Dinge gar noch weiter zuspitzen, wird Bayern bald von Fremden fast vollständig leer sein.

Die Pfarrer machen „Erregung".

Die Bayerische Volkspartei hat am 16. Juli „An sämtliche Herren Pfarrvorstände" ein Rundschreiben gerichtet, in dem zur Massenfabrikation von Protesterklärungen gegen die Reichsgesetzgebung aufgefordert wird. Darin heißt es:

Es ist nicht dringend notwendig, daß zu diesen Versammlungen die ganzen Gemeinden bis zum letzten Mann herangezogen werden; es genügt vielmehr, wenn ein kleinerer Kreis (15 bis 25 Mann) seine Zustimmung zu der zu fassenden Entschließung gibt (jedoch je mehr, je besser).

Die Resolutionen sollen möglichst kurz, nachdrücklich und im Texte verschieden gehalten werden; z. B. „Nieder mit den Schandgesetzen, wir fordern von der Regierung unbedingte Ablehnung usw."

Als Unterschriften wollen gewählt werden: Eine stark besuchte Versammlung der Bayerischen Volkspartei in . . . ., oder eine stark besuchte Versammlung nationalgesinnter Männer der Gemeinde X. Selbstverständlich dürfen die Unterschriften der Bürgermeister oder Obmänner nicht fehlen.

Euer Hochwürden werden gebeten, Ihre ganze wertvolle Kraft in den Dienst der guten Sache zu stellen, möglichst sofort Versammlungen einzuberufen und entsprechende Entschließungen an das Bureau der Bayerischen Volkspartei (Adresse wie oben) abgehen zu lassen.

Ist das nun auch noch „christliche" Politik, oder ist das nicht gemeinster Schwindel und Volksvergiftung? Was gedenkt das Zentrum gegen das reichszerstörende Treiben der Bayerischen Volkspartei zu unternehmen?

An die Republik.

Ein Brief aus dem Gefängnis.

Folgender Brief, der die Gesinnung vieler gefangenen Opfer des kommunistischen März-Putsches von 1921 ausspricht, ist uns zugegangen:

Der grauenvolle Meuchelmord an Dr. Rathenau, der in brutaler Offenheit die Absichten gewissenloser, reaktionärer Kreise, mit den gemeinsten Mitteln die deutsche demokratische Republik zu beseitigen, enthüllt, hat auch in uns politischen Gefangenen tiefste Empörung wachgerufen. Auch wir als Angehörige der Arbeiterklasse, die die mächtigste und zuverlässigste Stütze der Republik ist, wollen durch diese Zeilen unseren ehrlichen, ernsten, tatbereiten Willen, am Auf- und Ausbau, an der Festigung der Republik mitzuarbeiten, zum Ausdruck bringen. Wir wollen trotz unserer Abgeschlossenheit von der Außenwelt nicht abseits stehen bei den zahlreichen Massenkundgebungen für die Republik. Wir wollen vor allen Dingen allen freiheitlich gesinnten, ehrlichen Republikanern entgegenrufen, daß auch wir trotz unserer früheren Vergehen, für die wir schon 1½ Jahr büßen, bereit sind, schützend für die Republik einzutreten; wir wollen hauptsächlich hierdurch die immer noch bestehende Meinung, wir seien Feinde der Republik, weil wir in politischer Verirrung die Republik gefährdet haben, zerstören.

Wohl haben wir durch unsere Beteiligung am März-Aufstand 1921 gegen die deutsche Republik uns vergangen, aber in der festen Zuversicht, das Beste für die leidende Menschheit zu tun. Daß man unseren politischen Idealismus mißbraucht hat, ist der Oeffentlichkeit zur Genüge bekannt. Niemals haben wir uns aber derart verbrecherischer, gemeiner Mittel bedient, wie sie heute die Kreise benutzen, die anläßlich des März-Putsches uns nicht scharf genug verurteilen konnten.

Die Not und das Elend unserer Angehörigen steigen ins unerträgliche; wir möchten durch unsere Arbeit — besonders die zahlreichen Familienväter — die Not lindern. In der Fülle unserer Schaffenskraft müßig zusehen müssen, wie unsere Angehörigen, die Familien, besonders die Kinder, ihres Ernährers beraubt, darben und leiden, das ist bitter und wirkt auf Geist und Körper verheerend.

Wir hoffen, daß nunmehr auch auf uns das Grundgesetz jedes wahren demokratischen Staatswesens, die Humanität, Anwendung finden möge, denn Rachepolitik gegenüber politischen Gegnern und besonders solchen, die gar keine mehr sind, betreibt doch die deutsche demokratische Republik nicht. Durch unsere Freilassung kann Not und Elend gelindert, die Sehnsucht nach unseren Lieben daheim befriedigt werden.

Gibt uns die Republik frei, so soll unser Dank sein: mit aller Kraft für die deutsche Republik zu arbeiten, damit sie allen Feinden und Anschlägen zum Trotz nach innen und außen gefestigt werde, zum Wohle des deutschen Volkes.

Möge dieser Appell an die Humanität, diese ernste, ehrliche Willenskundgebung für die Republik, die das innerste, politische Denken und Fühlen fast aller proletarischen, politischen Gefangenen zum Ausdruck bringt, in den Herzen aller freiheitlichen Republikaner recht starken Widerhall finden.

Deutsche Republikaner! Laßt auch uns in der Stunde der Gefahr in eure geschlossenen Reihen eintreten.

Es lebe die Republik!

An die Lehrerschaft aller deutschen Schulen!

Kollegen!

Junge Leute, kaum der Schule entwachsen, und Gymnasiasten im Knabenalter, haben unter dem Einfluß einer zügellosen Verhetzung und in blindem Unverstand dem gegen führende Geister unseres Volkes organisierten Mord ihre Dienste geliehen und unserem Vaterland unersetzlichen Schaden zugefügt. Wer trägt die Verantwortung für die Häufung dieser Untaten?

Die öffentliche Meinung gibt uns Lehrern die Schuld an der Verbreitung jenes Geistes, der zur Wahnsinnstat führte. Und wenn man uns die Anklage ins Gesicht schleudert, müssen wir schweigen, denn sie ist begründet.

Euch war eine Jugend anvertraut, die aufgewachsen war unter der furchtbaren Begriffs- und Sittenverwilderung des Krieges. Was habt Ihr getan, um sie wieder zu staatlicher Gesinnung und zum Bewußtsein von der Unverletzlichkeit und Heiligkeit der Gesetze zu erziehen?

Tausende von Euch: Nichts!

Was habt Ihr nach dem Erzberger-Mord, dem aberdutzendsten einer fortgesetzten Kette politischer Morde, getan, um die anvertraute Jugend von dem unheilvollen Irrwahn politischer Kinder und Narren frei zu machen, als könnten Ideen durch Meuchelmord bekämpft werden?

Tausende von Euch: Nichts!

Was habt Ihr getan, um die mißleiteten Kinder fanatischer Eltern von der Notwendigkeit der Achtung vor der Autorität des zu Recht bestehenden Volksstaates zu überzeugen und sie mit der Republik, der Ihr zu dienen verspracht, geistig zu versöhnen?

Tausende von Euch: Nichts!

Im Gegenteil: Zahlreiche Amtsgenossen an Volks-, Mittel- und Hochschulen haben statt dessen durch eigenes schlechtes Beispiel in und außer der Schule den Geist der Mißachtung der Republik, ihrer leitenden Männer und ihrer Farben in die allzu empfängliche Jugend hineingetragen, und damit den Geist der Gesetzesmißachtung, der zum Mord führte. Sie mußten wissen, daß die monarchistische Propaganda, der sie sich oft hemmungslos ergaben, letzthin zum Bürgerkrieg und zum endgültigen Untergang des Vaterlandes führen muß; und brachten doch nicht die Selbstzucht auf, von ihrem Hetzgelüste zu lassen! Sie klagen wir an der schweren Versündigung wider ihr eigenes Volk. Möchten sie doch, wenn sie sonst in Krieg und Nieberbruch nichts gelernt haben, jetzt endlich schweigen lernen!

Aber auch Euch, Ihr republikanischen Kollegen, können wir nicht von Vorwürfen freisprechen, die Ihr, innerlich auf dem Boden des neuen Staates stehend, aus Aengstlichkeit und unzeitgemäßer Zurückhaltung und tausend fadenscheinigen Gründen bisher unserem Bunde fern geblieben seid! Wie viele Köpfe des geistigen Deutschland sollen noch fallen, bis Ihr wachgerüttelt werdet? Wie tief muß unser Vaterland noch ins Elend sinken, bis Ihr den Platz findet, wo Ihr hingehört? Denn durch Euer Beispiel müßt Ihr wirken, bei Kollegen wie Schülern; kein besseres Mittel gibt es, als die hoffnungslose Erkenntnis ihrer Ohnmacht und Minderzahl, um jene Unseligen von ihrer Verblendung zu heilen, die sich anmaßen, ihre Eigenmeinung über Gesetz und Verfassung stellen zu dürfen!

Darum herein mit Euch in unsere Reihen, zu ehrlichem und männlichem Bekenntnis zur deutschen Republik!

Der Vorort Freiburg des Republikanischen Lehrerbundes:

Für die Hochschule:
Prof. Dr. Heiß. Prof. Dr. Rost. Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz.

Für die Mittelschule:
Prof. Breusch. Prof. Eckerle. Direktor Dr. Hausrath.

Für die Volksschule:
Hauptlehrer Dorsner. Hauptlehrer Hipp. Hauptlehrer Raus.

Hurra die Armee!

Stolz weht die Fahne . . .

In der „Roten Fahne" schwärmt „Friedrich Leonid" von Rußlands schimmernder Wehr:

Heute ist die Rote Armee eine unüberwindliche Stütze der Sowjetmacht. Heute ist sie der Schrecken aller Randstaaten. Heute haben auch die großen kapitalistischen Staaten vor ihr allen Respekt. Ja, die Rote Armee ist heute die stärkste Armee der Welt.

Vor dem Kriege und auch heute noch ist es üblich, Armeen miteinander zu vergleichen, indem die Zahl der Mannschaften, der Offiziere, der Kanonen, der Maschinengewehre, der Flugzeuge des einen Staates der entsprechenden Zahl vom anderen Staate gegenübergestellt werden. Ein einfaches Rechenexempel.

Tun wir das mit der Roten Armee, so wird sich zeigen, daß sie die zahlenmäßig größte Armee ist, daß ihre Ausrüstung sich mit der anderer Armeen wohl messen kann. Denn Sowjetrußland hat aus eigener Kraft alle notwendigen Waffen für seine Armee geschmiedet, sogar Tanks und Flugzeuggeschwader.

Da es an Blaukreuzbomben gewiß auch nicht fehlt, kann nun niemand mehr daran zweifeln, daß in Sowjetrußland alle Ideale des Sozialismus erfüllt sind.

Dollar etwa 500.

Am Berliner Devisenmarkt herrschte heute fast völlige Geschäftsstille. Die Börse mißt dem Konflikt mit München keine große Bedeutung bei. Man nimmt an, daß er bald beigelegt sein werde. Hinsichtlich der Moratoriumfrage machte sich eine optimistische Auffassung geltend. Der Dollar, der in den Vormittagsstunden mit 501—503 gehandelt wurde, unterlag an der Börse nur sehr geringen Veränderungen. Er stellte sich nach Ablauf der ersten Börsenstunde auf 497—499. Am Effektenmarkt war das Geschäft ziemlich lebhaft.

Jugoslavische Reparationsansprüche.

Die jugoslawische Regierung hat ihre Reparationsansprüche für 1922 mit 72 Millionen Goldmark schon vollständig erschöpft. Sie hat infolgedessen den Inhaber eines jugoslawischen Bankhauses, Boschkowitz, nach Paris entsandt, damit dieser mit der Reparationskommission darüber verhandle, ob die jugoslawische Regierung nicht schon für 1923 Reparationsansprüche stellen kann. Die Reparationskommission bewilligte Jugoslawien für 1923 die Ansprüche auf rollendes Eisenbahnmaterial, während über die übrigen Ansprüche noch Verhandlungen schweben.

Die Verteilung der „Mandate".

London, 25. Juli. (EP.) Der Völkerbundrat hat gestern nachmittag endgültig das französische Mandat über Syrien und das englische über Palästina ratifiziert.

Parteitag der KPD. In Anbetracht der politischen Lage und der voraussichtlichen Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien ist die KPD., wie die „Rote Fahne" meldet, mit der Exekutive in Verhandlungen getreten, den deutschen kommunistischen Parteitag noch vor dem 4. Weltkongreß in Moskau bereits Anfang Oktober nach Halle einzuberufen.

Krach unter sächsischen Kommunisten. Die Bezirksleitung Westsachsen der KPD. hat erklärt, daß die Zustimmung der kommunistischen Landtagsfraktion zum Gesamtetat gegen den Beschluß des Landesvorstandes erfolgte, der die Bewilligung des Etats von der Verabschiedung des Amnestiegesetzes abhängig machte. Da dies nicht geschehen sei, stelle die Zustimmung zum Etat einen schweren politischen Fehler dar. Die Bezirksleitung Westsachsens spricht die Erwartung aus, daß die Zentrale der Partei die notwendigen Maßnahmen gegen die Fraktion einleite.

Die Hakenkreuze im Provinzial-Schulkollegium für die Provinz Brandenburg. Befremden erregen muß das Verhalten eines großen Teiles der mittleren Beamtenschaft und der Beamtenanwärter im Brandenburgischen Provinzialkollegium. Bis zum Tage der Ermordung Rathenaus wurde dort das Hakenkreuz und das schwarzweißrote Bändchen ostentativ zur Schau getragen. Nach der Ermordung sind diese Abzeichen verschwunden; sind die Herren so plötzlich Republikaner geworden?

Am Schultor.

Von Ernst Grau.

Es war am letzten Schultage vor den großen Ferien. Hoch oben im Norden der Stadt. In einer jener grauen, schmucklosen Straßen, deren farblose Eintönigkeit das Leben ihrer Bewohner widerspiegelt.

Eben schlug es von einem Kirchturm zwölf. Langsam verklang der Schall des letzten Glockenschlages. Da öffnete sich auf der andern Straßenseite das große Schultor, und wie ein lebendiger Quell drängte ein wilder Kinderschwarm lärmend ins Freie.

Ich blieb stehen und sah dem lebhaften Treiben zu. Etwas Freudiges lag in allen Augen. Ging es doch in die Ferien, in endlos scheinende Wochen von Freiheit und Spiel.

Fast alle waren sie barfuß, die kleinen Burschen und Mädel. Die Zeiten sind hart. Besonders hart für kinderreiche Familien. Da mochte es in manchem Elternhaus kaum zum Essen und Trinken reichen.

Jetzt mischten sich auch die Herren Lehrer und die „Fräuleins" unter das junge Volk. Da gab es nun manchen herzlichen Händedruck, manch frohes Geleitwort für fröhliche Ferientage. Manche Männerhand strich voll väterlicher Güte über die herandrängenden Blondköpfe. Und man sah es diesen Männern an, wie gern sie noch einige Minuten inmitten der Jugend standen, dieser Jugend, deren Heranbildung in ihre Hände gelegt war. Männer, die wußten, daß sie für eine heranwachsende Generation verantwortlich waren.

Doch es gab auch andere unter ihnen. Würdig scheinende, stockgerade aufgerichtete Männer mit unfreundlichen Gesichtern. Sie sahen nicht, daß sich auch ihnen manche Kinderhand entgegenstreckte. Geradeaus blickend, ohne auch nur eine Sekunde stehenzubleiben, kaum ein gnädiges Kopfnicken spendend, gingen sie ihren Weg. Beamte, seelenlose Körper, die ihr Pensum abgesessen und nun auch nach Hause gingen. Denn sie hatten ja ihre Pflicht getan. Ich konnte mir sehr gut vorstellen, wie diese Herren Unterricht erteilen. Gesangbuchverse und Geschichtstabellen eindrillen. Die alte „gute" Zeit verherrlichen. Von der erdolchten Front sprechen. Und in der Gesangstunde „Deutschland, Deutschland über alles" trainieren.

Es waren lehrreiche Minuten für mich.

Und ich freute mich schließlich doch, als ich mit Genugtuung feststellen konnte, daß die wahren Jugendbildner in der Mehrzahl waren.

Mögen sie die „Beamten" bald ganz verdrängt haben.

Die Einstein-Expedition nach der Weihnachtsinsel. Die nächste Sonnenfinsternis am 20. September, die in Australien, dem Sundagebiet usw. eine totale sein wird, beschäftigt die Astronomen Englands, Australiens, Amerikas und anderer Länder, die besondere Expeditionen nach geeigneten Punkten ausgeschickt haben. Auch von unserer Potsdamer Sternwarte sind einige Gelehrte unterwegs, die in Gemeinschaft mit holländischen Kollegen auf der Weihnachtsinsel bei Java (so genannt, weil das Inselchen einmal an einem Weihnachtstage entdeckt wurde) die verfinsterte Sonne photographisch aufnehmen wollen. Gelegenheit zu der Reise gab die Ueberbringung der Ausrüstung, zweier Fernrohre, photographischer Objektive usw. von den Zeiß-Werken für die Sternwarte zu Bandong bei Batavia. Die ganze totale Verfinsterung wird nur sechs Minuten dauern. Die Expositionszeit des einen Instruments dauert eine halbe Minute, die des anderen eine bis anderthalb Minuten. Man hofft also auf zehn oder mehr Aufnahmen, vorausgesetzt, daß klares Wetter ist. Neben den sonst üblichen Beobachtungen bei Sonnenfinsternissen interessiert diesmal vor allem die Feststellung des sogenannten Einstein-Effekts, d. h. der Frage, ob die Lichtstrahlen der Anziehungskraft unterliegen. Der Stern Beta in der Jungfrau steht zur Zeit der Verfinsterung der Sonne ziemlich nahe. Die Strahlen, die von diesem Stern zu uns gelangen, müssen an der Sonne vorbei. Sind sie dabei dem Gesetz der Schwere unterworfen, so müssen sie etwas abgelenkt werden, und der Stern wird dann auf der photographischen Platte gegen seinen richtigen berechneten Ort ein wenig verschoben zu sehen sein. Es handelt sich aber um sehr kleine Verschiebungen, die vielleicht nur den zwanzigsten Teil eines Millimeters betragen. Schon bei einer früheren Sonnenfinsternis hat man solche Messungen versucht, die aber nicht einwandfrei waren. Es gibt auch unter den Astronomen solche, die derartige Verschiebungen, wenn sie wirklich eintreten, auch anders erklären, z. B. als Folge der Abkühlung, die bei einer Sonnenbedeckung eintritt.

Fridericus Rex vor dem Staatsgerichtshof. Infolge des von uns bereits gekennzeichneten Fehlurteils der Filmoberprüfstelle sind die in verschiedenen Orten und Ländern ergangenen polizeilichen Verbote des Films nunmehr hinfällig geworden. Die betroffenen Firmen und Theaterbesitzer haben daher gegen das Verbot des thüringischen Ministeriums die Klage beim Thüringischen Oberverwaltungsgerichtshof Jena und gegen das Verbot des badischen Ministeriums des Innern Klage beim Verwaltungsgerichtshof Karlsruhe erhoben. Die Schaumburg-Lippesche Landesregierung hat dagegen eine Beschwerde an den neuen Staatsgerichtshof in Leipzig verwiesen, weil sie ihr Verbot auf die „Verordnung zum Schutze der Republik" begründet hatte. Die Angelegenheit kann damit endlich als das beurteilt werden, was sie von vornherein war: als politisch.

Europas Not — Argentiniens Ueberfluß. In der Wiener „Arbeiterzeitung" lesen wir: Als wir noch mit Brucken gefüttert wurden und unser „Brot" in der Hauptsache aus Baumrinde, Holzmehl und echten Roßkastanien bestand, wußte Argentinien nicht, was es mit seiner Ueberproduktion an Getreide anfangen sollte und die goldgelben Maiskolben wurden in den Fabriken und auf den Lokomotiven zur Feuerung verwendet. Das war während des Krieges. Heute sind wir nicht mehr durch Kriegsschiffe blockiert, die Transportschiffe, die zahlreicher sind als vor dem Krieg, sind nicht mehr für Kriegszwecke mit Beschlag belegt. Trotzdem sind wir fortwährend von Hungersnot bedroht, für unsere Kinder und Kranken ist keine Milch da, das Fleisch ist so selten, daß es zwar nicht mit Gold, das wir nicht haben, aber dafür buchstäblich mit Papiergeld aufgewogen wird. Und Argentinien erstickt unterdessen in seinem Viehreichtum. In Buenos Aires wird das Pfund gutes Rindfleisch zu zwanzig, Kuhfleisch zu sieben, bestes Schweinefleisch zu vierundzwanzig Centimes Papiergeld verkauft. Im Innern, wo die Viehherden nach Zehntausenden zählen, werden für das Kilogramm Fleisch zehn Centimes verlangt. Das lebendige Stück Vieh wird verschenkt unter der Bedingung, daß der Erwerber das Fell zurückgibt. Vielfach geht Vieh zugrunde, weil das Futter nicht mehr ausreicht. So will es die kapitalistische Weltordnung, die den kapitalistischen Krieg und die kapitalistischen Friedensverträge erzeugt hat.

Gewitter.

Ueber dem Lande ballen Gewitter.
Der Wind springt scharf.
Sonne versteckt sich.
Und leiser der Vögel Gesang.

Erste Blitze bluten.
Donner rollt dumpf.
Hart fällt der Regen.

Rote Radler: Schnelle Boten!
Rote Radler: Eile! Eile!
Rote Radler: Schneller Befehl!

— — Schon vorbei. Die Luft weht frisch.
Sonne kommt wieder. Helle Lieder.
Fruchtbar dampfen die Felder.
Und Rotmohn um freie Stirnen!

Max Dortu.

Marées' Neapler Fresken. Die berühmten Wandgemälde, die Hans von Marées im Bibliothekssaal des Neapler Aquariums ausgeführt hat, sind durch die Entscheidung des italienischen Gerichtes wieder deutsches Eigentum geworden. Der Sohn des Auftraggebers des Künstlers, Wolf Dohrn, Dr. R. Dohrn, erhält die im Kriege von der Gemeinde Neapel beschlagnahmte Anstalt und damit auch die Fresken zurück.

44. Deutsche Ausstellung für das gesamte Lichtbildwesen. Der Deutsche Photographenverein veranstaltet in Gemeinschaft mit anderen Körperschaften in der Zeit vom 20. September bis 8. Oktober in Leipzig eine Ausstellung für Photographie und Kinematographie. Interessante und wertvolle Sammlungen, ein in Betrieb sich befindliches Musterateliee mit allen zugehörigen neuzeitlich ausgestatteten Arbeitsstätten, vornehme Wohnräume mit passender Bildaufmachung, ein Vorführungs- und Kinoraum mit 400 Sitzplätzen, belehrende Vorträge und Lehrkurse, Preiswettbewerbe mit Ehren-, Wert- und Geldpreisen ausgestattet, sollen weite Kreise für das Unternehmen gewinnen. Ausführliche Prospekte versendet die Geschäftsstelle der Ausstellung „Das Lichtbild", Leipzig, Dittrichring 1.

Die Erbschaft des Goethehauses. Das von Fräulein M. Heyden in Essen hinterlassene Testament, das der Goethegesellschaft ihr Vermögen im Werte von etwa 12 Millionen Mark vermachte, ist vom Landgericht Essen als gültig anerkannt worden. Goethehaus und Goethegesellschaft in Weimar teilen sich die Erbschaft.

Vor der Londoner Konferenz.

Es wird mit jedem Tage offenbarer, daß sich Poincaré durch seine Stellungnahme vor der Rückkehr des Garantiekomitees aus Berlin in eine Sackgasse verrannt hat, aus der herauszukommen er jetzt einige Mühe hat. Der französische Ministerpräsident vergaß, daß er nicht mehr Leitartikler des „Matin" ist, als welcher er die „Verfehlungen" und den „betrügerischen Bankerott" Deutschlands der Welt denunzieren konnte, ohne daß sich daraus irgendwelche internationale Komplikationen ergaben. Als Regierungschef eines großen Landes hat man andere Verantwortungen. Wir sind übrigens überzeugt, daß der französische Ministerpräsident in der geringfügigsten innerpolitischen Frage weit vorsichtiger handeln würde als in der Reparationsfrage, unter deren Wirkungen die ganze Welt seit Jahren leidet.

Nun will es Poincaré nicht so bös gemeint haben, zumal der Bericht der Garantiekommission nicht seinen Erwartungen entspricht. Er läßt durch die Pariser Presse in allen Tonarten erklären, daß er ein Mann sei, der durchaus mit sich reden lasse, wenn er natürlich auch in keiner Weise die berechtigten Interessen Frankreichs opfern werde.

Zu der für den 1. August in London vorgesehenen Zusammenkunft zwischen Poincaré und Lloyd George will der „Temps" wissen, daß auch je ein Vertreter Italiens und Belgiens daran teilnehmen werden, ohne daß diese Zusammenkunft den Charakter einer Sitzung des Oberster Rats haben werde. Auch in dieser verengten Erweiterung der Zusammenkunft drückt sich die Politik Poincarés aus. Sollte man aber nicht schließlich auch in Paris dahinter kommen, daß das Reparationsproblem weder mit Advokatenkniffen noch mit journalistischen Polemiken gelöst werden kann?

•

Paris, 25. Juli. (EP.) Es verlautet in offiziellen Kreisen, daß die belgische und die italienische Regierung noch nicht mitgeteilt haben, ob sie an der Londoner Konferenz sich zu beteiligen wünschen. Man erklärt, daß das Garantiekomitee seinen Bericht über seine Mission in Berlin erst Mittwoch oder Donnerstag einreichen werde. Die Reparationskommission werde einen endgültigen Beschluß über das Moratorium nicht vor dem 15. August fassen.

Oesterreichischer Sanierungsversuch.

Wien, 25. Juli. (WTB.) Im Nationalrat machte gestern der Minister des Aeußern die offizielle Mitteilung von der durch die Reparationskommission beschlossenen Aufhebung der Pfandrechte auf eine Reihe österreichischer Aktiva und stellte fest, daß die Freigabe Oesterreich die Möglichkeit gebe, die faktische Durchführung des neuen Notenbankgesetzes in Angriff zu nehmen und auch eine Plattform für Verhandlungen über eine auswärtige Anleihe schaffe. Die von der Reparationskommission an die Freigabe der Aktiva für die Errichtung einer Notenbank geknüpfte Bedingung sei erfüllt, sobald der vorliegende Gesetzentwurf über die Errichtung der Notenbanken vom Nationalrat ohne Abänderung angenommen sein werde.

Der Nationalrat erledigte dann die restlichen zum Finanzprogramm der Regierung gehörigen Vorlagen, darunter die Zolltarifnovelle, das Ausfuhrabgabengesetz, das Beamtenabbaugesetz und eine Reihe von Gesetzen, die bisher erst in zweiter Lesung angenommen worden waren, darunter das Notenbankgesetz, das Zwangsanleihegesetz und die Verbrauchssteuernovelle. Bundeskanzler Seipel gab eine ausführliche Darstellung der von der Regierung bereits durchgeführten und für die nächste Zeit eingeleiteten Ersparungsmaßnahmen. Der Finanzplan der Regierung ist nunmehr parlamentarisch erledigt. Das Haus trat die Ferien an.

Bonomis Schwierigkeiten.

Rom, 25. Juli. (E. E.) Nachdem Orlando seine Mission in die Hände des Königs zurückgelegt hatte, besprach er sich mit dem Kammerpräsidenten Nicola. Dieser riet ihm, Bonomi die Bildung des neuen Kabinetts anzuvertrauen.

In parlamentarischen Kreisen sind die Ansichten über die Möglichkeiten eines Kabinetts Bonomi mehr als geteilt. Einerseits erklärt man, daß ein solches Kabinett zustandekommen könnte, wenn es anders zusammengesetzt wäre als das alte Kabinett Bonomi. Die Fascisten hingegen, die sich bereit erklärten, ihren Anteil an der Verantwortung der Regierungsbildung zu übernehmen, selbst wenn dies um den Preis einer Zusammenarbeit mit den Sozialisten geschehen sollte, verbergen ihre Feindseligkeit gegen Bonomi nicht. Sie erklären offen, daß sie diesem einen Gegner wie z. B. Nitti vorziehen würden. Die Liberalen und Giolittianer dringen darauf, daß die Volkspartei, die das Kabinett Facta zum Scheitern brachte, die Krise löse, und sie weisen fortwährend auf Meda, den Führer der Volkspartei, als auf den geeignetsten Mann hin. Innerhalb 48 Stunden hat sich also die Lage sehr verdunkelt, und sie wird durchaus widerspruchsvoll beurteilt. Bonomi ist inzwischen vom König offiziell beauftragt worden, die Ministerkrise zu lösen. Der in Aussicht genommene Ministerpräsident erklärte, daß er sich dem Wunsche des Königs fügen werde, doch behielt er sich vor, eine endgültige Antwort erst später zu erteilen. Viel Aussicht gibt man aber auch dem Zustandekommen eines Kabinetts Bonomi im allgemeinen nicht.

Aus der Partei.

Stellungnahme der schlesischen Sozialdemokratie.

Breslau, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine Konferenz der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens nahm zur politischen Lage und zum kommenden Parteitag Stellung. Als Referent gab Abgeordneter Genosse Scholich einen Rückblick auf die parlamentarischen Verhandlungen über die Schutzgesetze, bei denen die Deutschnationalen sich freuen konnten, weil ihre Geschäfte wenigstens im Ausschuß des Landtags der Volksparteiler Leidig und der Kommunist Schulz besorgten, die sich nur gegen die Sozialdemokratie wandten. Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen sei freudig zu begrüßen, die parlamentarischen Verhandlungen hätten aber gezeigt, daß eine weitere Ausdehnung der Einheitsfront nach links unmöglich sei.

Gegenüber der bayerischen Auflehnung gegen das Reichsrecht verlangte der Referent schärfstes Durchgreifen der Reichsregierung, da sonst die Reichseinheit auf das schwerste gefährdet sei.

Scharfe Verurteilung fand in der Aussprache die Haltung der „Neuen Zeit" zur Einigungsfrage. Eine einstimmig angenommene Entschließung verlangt Aenderung der Tagesordnung des Parteitages. Es wird gewünscht, daß die vom Parteivorstand bereits zugesagte Erörterung der Neugliederungsfrage des Reichs als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird, damit die Gegensätze, die innerhalb der Partei darüber noch bestehen, ausgeglichen werden. Eine weitere Entschließung wendet sich gegen die Abkürzung des Verbots der rechtsradikalen „Schlesischen Tagespost" durch die Berliner Zentralinstanz, die in sehr angreifbarer Form und ohne ausreichende Begründung erfolgte.

Schließlich fanden die Delegiertenwahlen zum Parteitag statt, für den wegen der wachsenden Kosten das Delegationsrecht diesmal von Schlesien aus nicht voll ausgenutzt werden kann.

Das Fest der Nationen.

Vom 22. bis zum 25. Juli feiert der Arbeiter-Turn- und Sportbund in Leipzig sein erstes Bundesfest. Schon der erste Tag offenbarte eine Kraft der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung, die Bewunderung abnötigt. Das Fest hätte sich zu einem geschichtlichen Ereignis für die gesamte Arbeiterbewegung auch dann gestaltet, wenn es nur dem Spiel auf dem Rasen gelten würde: denn es ist junge Volkskraft der Arbeit, die hier zum ersten Male aus dem ganzen Reiche zusammenströmte. Und es gab noch kein Turnfest in der Welt, das annähernd die Beteiligung aufwies, wie dieses Bundesfest der Arbeiterturner und -sportler. Der Zustrom an auswärtigen Gästen übertraf alle Erwartungen.

Ein Meisterstück der Organisation.

Ueber 100 Extrazüge führten die Festteilnehmer aus Deutschland heran. Schon am Freitag trafen etwa 80 000 Gäste in Leipzig ein. Ununterbrochen ging der Zustrom bis Sonntag vormittag. In Extrazügen kamen auch die Besucher, die nur „Publikum" sein wollten. Ein Meisterstück in der Organisationskunst hat die Festleitung geleistet in der Unterbringung und Verpflegung der Massen. Die besondere Bedeutung bekam aber das Fest durch seinen **internationalen Charakter.** Es wäre kein besonderes Ereignis gewesen, wenn zum Feste ausländische Vertretungen und Deputationen erschienen wären. Hier aber kamen wirkliche **Massen ausländischer Arbeiter zu Gaste.** Es kamen viel mehr, als sich angemeldet hatten. Die **Schweiz** allein schickte 1100 Turner und Turnerinnen, die Genossen aus der **Tschechoslowakei** kamen in 12 Extrazügen. Die **belgischen Arbeiterturner** waren durch 100 Genossen vertreten. **Holländer, Dänen, Schweden, Amerikaner** kamen zum Feste. Nicht nur als Zuschauer, sie wetteiferten im Sport mit ihren deutschen Brüdern. Ein Wettkampf der Nationen unter der Parole: Nie wieder Krieg! Es war nicht nur ein internationales Fest der Turnerei, es war auch

eine Kundgebung internationaler sozialistischer Solidarität.

Als zum Abschluß der Begrüßungsfeier der Leipziger Volkschor die Internationale sang, bei dem Refrain der letzten Strophe aber der Dirigent sich mit auffordernder Geste an die Versammlung wandte, da loderte mit urgewaltiger Kraft das Flammenlied auf:

Völker hört die Signale,
Auf zum letzten Gefecht,
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.

Es sangen Tschechen, Schweizer, Holländer, Dänen, Schweden, Amerikaner und Deutsche. Die Internationalität war hier kraftvolle und blutwarme Wirklichkeit. Diese Internationalität wurde bekräftigt im tagelangen kameradschaftlichen Zusammensein und Zusammenwirken der Turngenossen.

Die Entwicklung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Der Bundesvorsitzende **Gellert** schilderte in flüchtigen Umrissen die Entwicklung des Bundes. Auch die Turn- und Sportorganisationen der Arbeiterschaft legt Zeugnis ab **von der Schöpferkraft und dem sieghaften Vorwärtsdrängen der Idee der Arbeiterbewegung auf allen Gebieten.** 1893 wurde der Bund gegründet mit etwa 4000 Anhängern im ganzen Reiche. Bis zum Kriegsausbruch stand er im bittersten Kampfe gegen die preußisch-deutsche Reaktion. Ueber 200 Arbeiterturnvereine wurden **für politisch erklärt** und Vorturner warf man ins Gefängnis, weil sie deutsche Jugend im Turnen unterrichten wollten. Der Bund hat sich behauptet und stieg, trotz aller Widerstände, zu einer machtvollen Organisation schon vor dem Kriege empor. Der Krieg senkte die Kurve seiner Entwicklung gewaltig. Sie schnellte aber nach der Revolution wieder mit einer Kraft aufwärts, die nicht allein zu erklären ist durch den allgemeinen Aufschwung der Sportbewegung. Hier wirkten noch andere Ursachen mit: die viele Tausende von Arbeitern, die vorher in der Deutschen Turnerschaft waren, hatten erkannt, daß man auch als Turner und Sportler der Arbeitersache dienen muß. **Die Mitgliederzahl** des Bundes ist angewachsen bis auf annähernd **1 Million.** Der Bund **gibt 6 Zeitungen heraus, besitzt das größte Spezialverkaufshaus für Turn- und Sportausrüstung,** beschäftigt in seinem Geschäftshaus annähernd 100 Angestellte, unterhält **eine Verbandsschule** zur Ausbildung von Vorturnern.

Als „Vertreter der Reichsregierung wies Genosse Schulz auf die Gegensätze hin, die zwischen der alten militärischen Ausbildung und dem Sport unserer Tage bestehen. Die Vertreter des Volkssports widmen sich der **körperlichen Gesundung der Volksgemeinschaft.** Sie verfolgen nicht das Ziel, Menschen auszubilden für Kriegszwecke. Das Reich hat leider nicht allzuviel für die edle Sache des Volkssports tun können, aber der Sport hat sich selbst geholfen und hat in den letzten Jahren eine Entwicklung genommen, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Es sprachen dann nach dem **Leipziger Oberbürgermeister** noch eine Reihe ausländischer Gäste.

•

Der Zug der Massen.

Welche Auswirkung das Fest in der arbeitenden Bevölkerung hatte, das zeigte sich am Sonntag bei den Festzügen der Turner und Sportler. In den Straßen, die von den Festzügen berührt wurden, hatte sich schon Stunden vor der festgesetzten Zeit **eine vielhunderttausendköpfige Menge** angesammelt. In allen Straßen waren primitive Schaubühnen ausgestellt aus allen möglichen Geräten. Auf Baugerüsten, Bretterplanken, Laternenpfählen und Dächern waren Menschen, die die Turner sehen wollten. Es wurden **drei Festzüge** gebildet. Die Radfahrer zogen von der Mitte aus zum Festplatz, die Turner und die übrigen Sportler wurden im Norden und im Süden aufgestellt. Die ungeheuren Massen in einem Zuge nach dem Festplatz zu führen, war technisch unmöglich, denn schon die Hälfte der Teilnehmer bildete einen Zug, dessen Vorbeimarsch annähernd 2 Stunden in Anspruch nahm. Dabei marschierten die Turner in Achterreihen, hielten auf straffe Ordnung, so daß es zu nennenswerten Stockungen nicht kam. Auf dem Augustusplatz trafen die beiden Züge zusammen, vereinigten sich zu **Sechzehnerreihen** und marschierten in dieser breiten Gliederung eine kurze Strecke, um sich wieder zu trennen. Gewaltig war der Eindruck, als die Züge zusammentrafen und der breite Strom dahinwogte. Im Zuge wurden viele hundert Fahnen mitgeführt, Embleme der Landsmannschaften und Nationalitäten. Die Zahl der am Zuge Beteiligten und die Zahl der Zuschauer auf den Straßen läßt sich nicht annähernd schätzen.

•

Turnerisch hat das Fest seinen Höhepunkt erreicht in den Massenübungen, die am Sonntag nachmittag auf dem Festplatz aufgeführt wurden. Zu den Massenfreiübungen hatten sich 10 000 Turner gemeldet. Für 16 000 Freiübungsturner war auch der Platz aufgeteilt. Es zeigte sich schon am Sonnabend früh, daß Tausende von Turnern über die angemeldete Zahl hinaus sich an den Massenübungen beteiligen wollten. Diese über alle Maßen große Beteiligung an den Freiübungen läßt auch einen Vergleich zu zwischen diesem Bundesfest der Arbeiterturner und den Turnfesten der deutschen Turnerschaft. Die **deutsche Turnerschaft hat die größten Turnfeste gefeiert, die in der Welt zustande kamen.** Ihre höchste Steigerung haben diese gefunden in dem Leipziger Fest im Jahre 1913. Damals traten noch nicht 13 000 deutsche Turner zu den Massenübungen an, bei den Arbeiterturnern hätten es am Sonntag **20 000** sein können, wenn der Raum zur Verfügung stand. Die **Massenübungen** selbst waren in ihrem Plane und ihrer Durchführung **ein technisches Meisterwerk** und zwangen alle Zuschauer zur Bewunderung. Die Freiübungen der Turnerinnen zeigten den Fortschritt im Damenturnen. Von besonderem Interesse waren die Freiübungen der Sportler und die Nackterübungen der sächsischen Turner. Hier war eine Andacht jugendlicher Kraft und Schönheit. Außer diesen Massenaufführungen entfalteten sich an allen Festtagen auf den großen Plätzen und auch im Wasser lebhafter Sport. Die Arbeiterturner und -sportler haben bewiesen, daß sie auch technisch auf der Höhe sind.

Die bewegende Idee des Festes aber war die **internationale Kameradschaft,** war der Gedanke der Gemeinschaft zwischen den sozialistischen Arbeitern aller Länder.

Eine aristokratische Ehetragödie.

Er wollte die Frau „gleich mitnehmen".

Eine Ehetragödie endete gestern abend in dem Hause Howaldstraße 6 mit dem noch nicht ganz aufgeklärten Tode des Oberleutnants a. D. Freiherrn Walter von Stillfried und Rattenitz aus der Vegasstr. 8. Die Mordkommission beschäftigt sich mit der Angelegenheit.

In der Howaldstraße 6 wohnt der 36 Jahre alte Major a. D. Hans Herbert v. Bereke, der seit drei Jahren mit seiner 33 Jahre alten Frau Hedwig, geb. Tennhagen, verheiratet ist. Das Ehepaar v. Bereke lernte vor drei Wochen den Oberleutnant v. Stillfried kennen, der zweimal verheiratet gewesen ist und dessen zweite Ehe gerade vor drei Wochen geschieden worden war. Von Stillfried klagte der Frau Major wiederholt sein Leid über seine unglücklichen Ehen und erregte wohl ihr Mitleid. Er verkehrte alsbald so vertraulich mit ihr, daß es den Unwillen des Majors erregte. Bei einer Aussprache zwischen den Dreien erklärte v. Stillfried dem Major plötzlich, daß er seine Frau haben müsse, das sei Schicksal. Der Major schlug vor, daß alle drei seine Wohnung aufsuchen möchten, um die peinliche Auseinandersetzung zu einem Ende zu bringen. In der Wohnung stellte nun der Major den Oberleutnant wegen seines unbegreiflichen und unerhörten Verlangens zur Rede und sagte ihm, daß er an seine drei Kinder und seine erste Frau denken solle. Von Stillfried jedoch beharrte auf sein Begehren und erklärte, daß er die Frau gleich mitnehmen wolle. Er unterhielt sich dann in einem Nebenzimmer wieder allein mit ihr. Das dauerte dem Major zu lange. Von Unruhe getrieben trat er zu den beiden ein und erklärte entschieden, jetzt sei Schluß, der Oberleutnant müsse nun wissen, was er als Ehrenmann zu tun habe. Hierauf holte er aus dem Schlafzimmer einen Revolver und gab ihn dem Oberleutnant in die Hand mit dem Bemerken, er erwarte von ihm, daß er in 10 Minuten seine Konsequenzen ziehe. Kaum war er dann wieder in ein Nebenzimmer getreten, als er einen Schuß fallen hörte. Frau v. Bereke, die bei der Auseinandersetzung erklärt hatte, bei ihrem Manne bleiben zu wollen, befand sich jetzt in einem anderen Zimmer. Der Major begab sich auf den Knall sofort zu v. Stillfried hinein und fand ihn tot daliegen. Er holte einen Arzt und benachrichtigte das zuständige Polizeirevier. Die Beamten, die in der Wohnung erschienen, rechneten nach den obwaltenden Umständen mit der Möglichkeit, daß der Major den Oberleutnant erschossen habe. Die Mordkommission hält nach dem ganzen Befund einen Selbstmord für wahrscheinlich. Auch der Gerichtsarzt hält ihn für möglich. Von Stillfried hat sich in nervöser Ueberreizung und Aufregung vermutlich mit der linken Hand, vielleicht aber auch mit der rechten, selbst erschossen.

Nach einem Einbruch schwer angeschossen wurde gestern Nachmittag ein 28 Jahre alter Arbeiter Walter Pilgrim aus der Gerichtstraße 56. Dieser wurde mit dem 24 Jahre alten Arbeiter Bruno Frenz aus der Oudenarder Straße 23, in dem Hause Aschaffenburger Straße 14 von Hausbewohnern bei einem Bodeneinbruch gestört. Beide ergriffen die Flucht und wurden verfolgt. Als nun an der Ecke der Aschaffenburger und Helmstätter Straße der Kriminalbetriebsassistent Peukert die Flüchtigen stellte, schoß einer der beiden auf ihn, traf ihn aber nicht. Peukert erwiderte den Angriff mit seiner Dienstpistole und gab ebenfalls einen Schuß ab. Er traf Pilgrim in den Bauch so schwer, daß er als Polizeigefangener nach der Charité gebracht werden mußte. Frenz wurde festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt.

Im Warenhaus A. Wertheim.

Die Firma A. Wertheim benutzt jede Gelegenheit, um ihre reaktionäre Gesinnung gegenüber den Betriebsräten zu betätigen. An die Demonstrationen zum Schutze der Republik schloß sich der Versuch, ein Betriebsratsmitglied der Filiale Moritzplatz zu maßregeln. Während man sich hier wenigstens bemühte, wenn auch ohne Erfolg, die Zustimmung des übrigen Betriebsrates zu erhalten, ging man in einem anderen Fall, Leipziger Straße, rascher zu Werk. Eine zehn Jahre bei der Firma tätige Kassiererin, die als Betriebsrat der Firma seit längerer Zeit ein Dorn im Auge ist, wurde auf der Stelle fristlos entlassen. Zu diesem Zweck unterstellt man ihr zwei Betrugsfälle und geht sogar so weit, jede Aufklärung zu verhüten, um ja die Gemaßregelte vor allen Dingen acht Wochen aus dem Betriebe zu haben. Jede ordentliche Verhandlung, die der Zentralverband der Angestellten anstrebt, lehnt man ab, obgleich der Verband wiederholt erklärt, aufklärend und vermittelnd tätig sein zu wollen.

Jetzt hat die Belegschaft der Firma A. Wertheim das Wort. Sie wird zu bekunden haben, ob sie sich mit einem System einverstanden erklären will, das den guten Sitten widerspricht und die Verkaufskräfte unsicher zu machen geeignet ist. Oder gibt es irgend jemand, der derartige bestellte Arbeit anders als mit Lockspitzelsystem schlimmster Art charakterisieren kann. In der Betriebsratsversammlung, die am Dienstag, den 25. Juli, abends 7½ Uhr, Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, stattfindet, wird man sich mit den unerhörten Vorkommnissen beschäftigen.

Chicagoer Magistratsvertreter in Berlin.

Die zurzeit in Berlin weilende Studienkommission des Chicagoer Magistrats veranstaltete gestern abend einen Empfang, bei dem auch Vertreter amerikanischer Industrie- und Handelskreise und der Presse anwesend waren. Den Berliner Magistrat vertrat Stadtbaurat Dr. Adler, ebenso waren die Leiter der großen Berliner Verkehrsunternehmungen erschienen. In den üblichen Reden wurde die Freundschaft zwischen Amerika und Deutschland betont. Heute vormittag besichtigte die Studienkommission den Verkehr auf der Hoch- und Untergrundbahn, sowie insbesondere die Signaleinrichtungen auf dem Bahnhof Leipziger Platz. Einzelne Kommissionsmitglieder wurden auf ihren besonderen Wunsch mit den Einrichtungen des städtischen Tiefbauamtes bekanntgemacht. Heute nachmittag findet eine Besichtigung der Hauptwerkstätte und des Wagendepots der Omnibusgesellschaft statt.

Die Walderholungsstätte in der Königsheide, die vom Bezirksamt Neukölln in der Nähe des Bahnhofs Baumschulenweg unterhalten wird, bietet zurzeit noch Aufnahmemöglichkeit für ruhebedürftige weibliche Personen sowie für Kinder im Alter bis zu 13 Jahren. Für Verpflegung sind wöchentlich im voraus je Tag 15 M. für Erwachsene und 10 M. für Kinder zu entrichten. Gewährt wird eine Morgensuppe, Mittagessen und Milch (Erwachsene ½ Liter, Kinder ¼ Liter täglich). Den Besuchern stehen Liegestühle zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung. Anmeldungen nimmt das Bureau der Erholungsstätte in Neukölln, Erkstr. 27, Erdgeschoß, Zimmer 3, von 9 bis 1 Uhr entgegen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kühl und veränderlich, überwiegend bewölkt, mit geringen Regenfällen und ziemlich frischen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

9. Abteilung. Mittwoch, den 26. Juli, abends 7½ Uhr, Zahlabend in der Baugewerkschule, Kurfürstendamm 141.

Gewerkschaftsbewegung

Die deutschnationalen Handlungsgehilfen.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband überschwemmt die gesamte reaktionäre Presse in Deutschland mit Pamphleten gegen die freie Angestelltenbewegung und insbesondere den Zentralverband der Angestellten, die dazu dienen sollen, das Licht, das der Rathenau-Mord auch bezeichnenderweise auf den DHV. wirft, zu verdunkeln.

An dem Treiben, das die Pogromstimmung gegen freiheitlich und republikanisch gesinnte Männer in Deutschland erzeugte, ist der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband nicht unschuldig. Seine schon immer entfaltete wüste antisemitische Propaganda durch Anpreisung und Verbreitung judenfeindlicher Schriften diente dazu, Verhetzung in die Reihen der Angestelltenschaft und darüber hinaus in breite Schichten des Volkes zu tragen. Eng verbunden damit hetzt er auch gegen republikanische Minister, wie er gegen den ermordeten Minister Rathenau gehetzt hat. Oder ist es keine Verhetzung, wenn Walter Lambach, ein führendes Mitglied des DHV., folgenden Erguß in vielen Tageszeitungen veröffentlichte:

„Löwenzeit war, als zusammengebissene Zähne der Deutschen 4½ Jahre der ganzen Welt Trotz boten. Fuchszeit ist jetzt, da sich auf Bismarcks Stuhle als Deutschlands Außenminister der Bankjude Rathenau räkelt ... Fuchszeit ist jetzt, da die schwarzweißrote Ehrenflagge den gelben Schmachstreifen trägt."

Der DHV. hetzt gegen die Juden und die Republik, weil er bestrebt ist, die Monarchie wieder einzuführen. Deswegen pflegt er auch enge Gesinnungsgemeinschaft mit monarchistischen und nationalistischen Verbänden, was daraus klipp und klar hervorgeht, daß er mit dem jetzt verbotenen Bund der Frontsoldaten (Stahlhelm) der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei, wie auch dem ebenfalls verbotenen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und anderen mehr gemeinsame Veranstaltungen, wie Sonnenwendfeiern und dergleichen begeht. Bei solchen Sonnenwendfeiern sind es führende Mitglieder des DHV., die die sogenannten Feuerreden halten. Ueber eine dieser Sonnenwendfeiern, die auf dem Kindelsberg bei Siegen i. W. stattfand und auf der der bekannte DHV.-Führer Walz die Feuerrede hielt, sagt das bürgerliche „Sieg-Rheinische Volksblatt" Nr. 40 vom 19. Juni d. J. in einem Bericht über diese Brandrede des Walz folgendes:

„... Ihm stand mehr die gute alte Zeit vor Augen, und manche Wendungen konnten, so gemäßigt sie auch klangen, so gedeutet werden: Wenn das alte Regime doch wiederkäme. Gut und Blut geben wir dafür her; ein Idealismus, der zu einer Gefahr für den gegenwärtigen Staat werden kann. Um so mehr, als gerade in diesen Tagen allüberall ähnliche Feiern und Zusammenkünfte von Militärvereinen stattfinden. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, ein Beginnen, das das deutsche Volk in seinem politischen Hader beharren und am Ende ganz zugrunde gehen läßt."

Die enge Liierung mit dem Verband nationalgesinnter Soldaten, der inzwischen aufgelöst und verboten wurde, kennzeichnet folgende Briefkastennotiz in der „Handelswacht", dem Organ des DHV., vom 31. Mai d. J.:

„Verband nationalgesinnter Soldaten. Mitglieder dieses Verbandes nationalgesinnter Soldaten werden gebeten, ihre Anschrift dem Kollegen Jaedecke, Abteilung 5, Zeitungswesen im DHV., mitzuteilen."

Das sind nur einige Beispiel unter vielen. Wenn der DHV. jetzt diese Tatsachen hinter einer Preßkampagne gegen die freie Angestelltenbewegung zu verbergen sucht, so beweist das nur, wie unbehaglich diesen Vorkämpfern der Reaktion zu Mute ist.

Deutschnationale gegen „Terror".

Der frühere christliche Gewerkschaftsführer, jetzt deutschnationale Landtagsabgeordnete Rüffer hat sich in einer „Kleinen Anfrage" über Terrorakte gegen Minderheiten beschwert.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat folgende Antwort darauf gegeben:

„In bekannt gewordenen Fällen von Terrorisierung nicht organisierter oder anders organisierter Minderheiten sind die Verwaltungsbehörden angewiesen, auch dort, wo es sich um die erzwungene Entlassung von Arbeitern handelt, vermittelnd einzugreifen und unverzüglich das Erforderliche zu veranlassen, um nach Möglichkeit einer Wiederholung von Terrorfällen vorzubeugen. — Ich bin jederzeit bereit, vorkommende spezielle Fälle von Terrorakten, von denen aber keiner in der Anfrage bezeichnet worden ist, nachzuprüfen."

Die Deutschnationalen wären schon die Allerletzten, die ideell irgendwelche Ursache hätten, über Terror „der anderen" zu klagen; sie haben auch wirklich keine Ursache dazu, da deutschnationale Arbeiter eine so seltene Erscheinung sind, daß es wirklich keines Terrors bedürfte, um sie kalt zu stellen. Wie die Deutschnationalen sich die Sache denken, zeigt als schwaches Abbild die in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts" geschilderte Wahl zum Landeseisenbahnbeirat. Dennoch sind wir der Meinung, daß man gegen unsolidarische Elemente, die jeder Aufklärung unzugänglich sind und bewußt gegen die Interessen der Gewerkschaften handeln, deren Tätigkeit sie geregelte Arbeitsbedingungen verdanken, nicht mit „Terror" vorgehen und sich erst recht nicht von solchen Geistern provozieren lassen soll. Solange sie es nicht gar zu toll treiben, straft man sie mit der ihnen gebührenden Verachtung. Im allgemeinen aber dürften die Gewerkschaften sich das Verhalten der Unternehmer gegen Außenseiter in ihren Reihen zur Richtschnur machen, da hierbei bekanntlich jedweder Terror vollkommen ausgeschlossen ist.

Neue Reichsarbeiterlöhne.

Die im Reichsfinanzministerium am Montag fortgesetzten Verhandlungen führten nach siebenstündiger Dauer zur Festsetzung folgender Stundenlöhne:

Lohngruppe	Bisheriger Stundenlohn	Für Monat Juli	Stundenlohnsätze für August
I.	22,10	26,—	30,60
II.	21,50	27,20	29,70
III.	21,—	26,40	28,80
IV.	20,50	25,70	28,—
V.	20,10	25,10	27,30
VI.	19,70	24,70	26,90
VII.	19,40	24,40	26,60
VIII.	14,55	18,05	19,55

Die vorstehenden Lohnsätze gelten für die 24 Jahre alten Handwerker und Arbeiter. Lohngruppe VIII gilt nur für Frauen.

Der bisherige Lohn für Frauen beträgt 75 Proz., während die neuen Zulagen nur 70 Proz. bringen. Die Spannung zwischen den Ortsklassen beträgt 70 Pf. Der Lohn verringert sich also von A nach B um 70 Pf., von B nach C um 1,40 M., von C nach D um 2,10 M. und von D nach E um 2,80 M. — Nach Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums befinden sich in Ortsklasse D nur 7 Proz. und in E nur 5 Proz. der Arbeiter.

Von den Gewerkschaftsvertretern wurde erneut und dringend die sofortige Auszahlung der Zulagen gefordert, die Regierungsvertreter sagten Erfüllung dieser Forderung zu. Ueber die Lehrlingslöhne und über die Zulage für Arbeiter, die Beamtendienst verrichten, wird am Dienstag weiter verhandelt.

Die Ereignisse in Senftenberg.

Unter diesem Titel war in der Mittagsausgabe des „Nachrichtenblattes" eine Nachricht der BS.-Korrespondenz veröffentlicht worden, in der es heißt, daß „die dort tätigen polnischen Arbeiter die Veranlassung zu den Vorfällen gegeben haben", und daß „das Gewerkschaftskartell Schutzmaßnahmen gegen die Ausschreitungen namentlich der polnischen Arbeiterschaft ergriffen" habe.

Das polnische Generalkonsulat bittet uns, festzustellen, daß die durch die BS.-Korrespondenz gegebenen Mitteilungen betreffend die polnischen Arbeiter in keiner Weise den Tatsachen entsprechen, und daß sie nur eine tendenziöse Aufhetzung gegen die polnischen Arbeiter darstellen. Dies haben Erkundigungen ergeben, die das Generalkonsulat durch seinen Beamten an Ort und Stelle bei verschiedenen Instanzen hat einholen lassen. Selbst der Polizeikommissar in Senftenberg stellte die gemachten Anschuldigungen gegen die polnischen Arbeiter als den „reinsten Schwindel" hin.

Obwohl wir die Verantwortung für das „Nachrichtenblatt" nicht tragen, geben wir gern dieser Feststellung Raum.

Die Gewerkschaften in Kanada.

Nach dem Jahresbericht des kanadischen Arbeitsdepartements über die Arbeiterorganisationen in Kanada haben im Berichtsjahr 1921 die Gewerkschaften ebenso wie in den Vereinigten Staaten einen starken Rückgang ihrer Mitgliederzahl erfahren. Am Schlusse des Jahres betrug die Gesamtmitgliederzahl aller Klassen von Gewerkschaften bei 2668 lokalen Organisationen nur mehr 313 320, was einen Rückgang im Laufe des genannten Jahres von 60 522 Mitgliedern und 250 Organisationen bedeutet. Obwohl gerade die sog. „internationalen" Organisationen den stärksten Abgang erfuhren, gehören ihnen auch jetzt noch 71 Proz. aller gewerkschaftlich Organisierten an. Es gab am Jahresende insgesamt 93 internationale Organisationen in Kanada, die über eine oder mehrere lokale Organisationen innerhalb des Dominions verfügten; ihre Mitgliederzahl belief sich auf 222 896 gegen 267 247 am Jahresende 1920. Die 264 lokalen Gewerkschaften zählen 24 980 Mitglieder, die nationalen und katholischen bei 120 Ortsorganisationen 45 000 Mitglieder und die Einheitsgewerkschaft (One Big Union) 5300 Mitglieder.

Aus der Betriebsräte-Praxis. Zweiter Teil. Diese im Verlage J. H. W. Dietz „Vorwärts" erschienene umfangreiche Zusammenstellung von Bescheiden, Schiedssprüchen und Urteilen ist von dem Verfasser Clemens Nörpel in übersichtlicher Weise geordnet worden. Sie ist eine Ergänzung des 1. Teils und erstreckt sich bis Februar 1922. Das 258 Seiten starke Buch (Preis 70 M.) ist für alle Praktiker ein unerläßliches Nachschlagewerk. Auch alle Redakteure und Redner, die oft verwickelte Fragen über die Rechte der Betriebsräte zu beantworten haben, werden dieses Buch begrüßen, das sie über die Sprachpraxis leicht und schnell informiert.

Harding will vermitteln.

Wie die „Times" aus New York erfahren, hat Präsident Harding mitgeteilt, daß er die Unterhandlungen zwischen den Eisenbahnarbeitern und den Gesellschaften persönlich leiten werde. Handelsminister Hoover wird seinerseits persönlich als Vermittler zwischen den Kohlenarbeitern und den Grubenbesitzern auftreten. Bis jetzt sind in Südengland 1 Million Tonnen Kohlen für Amerika sichergestellt worden. Für eine weitere Million Tonnen steht man in Unterhandlungen. Der Kohlenpreis erhöhte sich gestern in Wales von 32 auf 34 Schilling die Tonne. In New York sind die Kohlenpreise ebenfalls gestern von 4,25 auf 5,25 Dollar die Tonne gestiegen.

Telephonistenstreik in Schweden. Seit Freitag befinden sich die Aushilfstelephonisten in Stockholm und Göteborg im Streik. Sie bedienen hauptsächlich die örtlichen Leitungen. Der Kampf, an dem in Stockholm 1500, in Göteborg etwa 500 Personen beteiligt sind, dreht sich um den Abschluß eines Kollektivvertrages. Die Regierung hat jetzt das Telegraphenamt angewiesen, in Verhandlungen mit den Streikenden einzutreten. Das Amt hat darauf der Streikleitung die Eröffnung von Verhandlungen vorgeschlagen.

Wirtschaft

Europas Anteil am amerikanischen Außenhandel.

Die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa kehren offensichtlich auf den normalen Stand von vor dem Kriege zurück. Freilich läßt sich nicht der Wert des amerikanischen Handels mit Europa im Fiskaljahr 1921/22 — in Dollars ausgedrückt — mit dem aus Vorkriegsjahren vergleichen; denn der starke Preissturz in den Ausfuhr- wie den Einfuhrerzeugnissen hat im letzten Fiskaljahr, das am 30. Juni zu Ende gegangen ist, einen am reinen Geldwert gemessen sehr erheblichen Rückgang des Außenhandels mit sich gebracht. Seinem Anteil nach aber nähert sich der amerikanische Handel mit Europa rasch wieder Vorkriegsverhältnissen.

Vor dem Krieg erhielten die Vereinigten Staaten etwa die Hälfte ihrer Einfuhr aus Europa und sandten dorthin rund zwei Drittel ihrer Ausfuhr. In dem mit dem Fiskaljahr 1912/13 endigenden Jahrzehnt belief sich der europäische Anteil an der Gesamteinfuhr der Union auf 51 Proz. und der Europaanteil am amerikanischen Gesamtexport auf 66 Proz.

Diese Vorkriegsverhältnisse änderten sich während der Kriegszeit, denn Europa hatte in den Kriegsjahren wenig zu verkaufen und vielfach auch keine Zeit und keine Gelegenheit, seine Erzeugnisse abzusetzen, während es andererseits gezwungen war, in größtem Umfange im Ausland Ankäufe zu machen, die am besten und ehesten bei den Vereinigten Staaten zu decken waren. Ferner hatten die europäischen Länder vordem erhebliche Mengen von Erzeugnissen anderer Teile der Welt, die zum größten Teil aus ihren Kolonien stammten, an die Vereinigten Staaten weiterverkauft, während nunmehr die Schwierigkeiten und Gefahren des Transportes manche von diesen Ländern veranlaßten, diese ihre Erzeugnisse unmittelbar nach den Vereinigten Staaten zu senden und sich dafür mit amerikanischen Industrieerzeugnissen bezahlen zu lassen, die durch die Schiffe transportiert wurden, die eben die Rohstoffe nach amerikanischen Häfen gebracht hatten. Ferner hat auch die Eröffnung des Panama-Kanals zu dieser Verschiebung der großen Handelswege mitgeholfen und die Union mit manchen Ländern in Beziehung gebracht, die vorher ihre Erzeugnisse nach Europa geschickt und im Austausch dafür europäische Waren bezogen hatten.

Infolge aller dieser Verschiebungen im internationalen Handel während des Weltkrieges ging der Anteil der europäischen Länder an der amerikanischen Einfuhr sehr stark zurück, während gleichzeitig der amerikanische Anteil an der europäischen Einfuhr bedeutend stieg. Der Anteil der europäischen Staaten an der amerikanischen Einfuhr in Höhe von 52 Proz. im Fiskaljahr 1913/14 fiel rasch und anhaltend bis auf 12 Proz. im Jahre 1918/19; er stieg dann wiederum und zwar auf 22 Proz. im Fiskaljahr 1919/20; im folgenden auf 28 Proz. und nach den ersten Ermittlungen auf 33 Proz. im soeben geendeten Fiskaljahr. Demgegenüber stiegt der Anteil Europas am Export der Vereinigten Staaten, der im Jahrzehnt vor dem Kriege sich auf durchschnittlich 66 Proz. belaufen hatte, 1914/15 auf 71 Proz., betrug in den beiden nächsten Jahren nahezu 70 Proz., fiel mit dem Rückgang der Kaufkraft Europas auf 60 Proz. im Jahre 1919/20 und auf 52 Proz. im Jahre 1920/21 und hat, soweit die vorläufige Feststellung reicht, im letzten Fiskaljahr wiederum 55 Proz. betragen.

Diesen Verschiebungen gegenüber ging infolge der Preisveränderungen der Wert der amerikanischen Einfuhr aus Europa von 1,179 Milliarden Dollar im Fiskaljahr 1919/20 auf 825 Milliarden Dollar im Jahre 1921/22 zurück und gleichzeitig die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Europa von 4,864 Milliarden Dollar im Fiskaljahr 1919/20 und 3,408 Milliarden Dollar im Jahre 1920/21 auf etwa 2,075 Milliarden Dollar, was noch keinen Rückgang der aus- und eingeführten Warenmengen bedeutet.

D. P. Austin (F. P. S.)

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gold-, Silber-, Platin-
Gegenstände und Bruch
Brillanten Zahngebisse
Die höchsten Preise zahlen stets
Gebr. Fuhrmann, Nollendorfstr. 39
1 Min. v. Nollendorfpl.

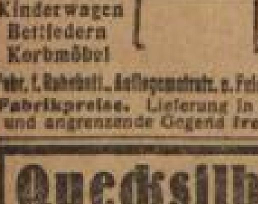
Metall Ostens
kauft Tagespreise für
Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.

Restehandlg.
Haarpuder
Goltzstr. 2
Herren- u. Damenstoffe,
Seiden, Samt,
sämtliche Futterartikel
bedeutend unter Preis

Jeder Bezieher des Kommentars zum Betriebsrätegesetz von Dr. Georg Flatow braucht auch den
Kommentar
zu der Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber
Betriebsabbrüchen und Stillegungen
nebst der Ausführungsanweisung
Unentbehrlich
für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Behörden, Arbeitgeber, Arbeitnehmer
Preis 8,— Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Fahrräder!
Koch, Neukölln
Bergstr. 58

Allgemeiner Feuerbestattungs-Verein zu Berlin E. V.
Geschäftsstelle: W 15, Uhlandstr. 42.
Postscheck-Konto: Berlin 117970. Geöffnet von 10—4 Uhr. Freitags von 9—7 Uhr. Fernsprecher: Amt Uhland 2173.
Nach einjähriger Mitgliedschaft kostenfreie Bestattung.
Zahlstellen-Verzeichnis gegen Porto kostenlos.


Metall-Bettstellen
Fürst, Neukölln, Hermannstr. 30
Kinderwagen
Bettfedern
Korbmöbel
Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus.

Gold Silber Platin -Bruch
usw.
Kupfer, Zinn
sowie sämtliche Altmetalle zu Engrospreisen
Metallschmelze
Mariannenstr. 12

Dezimalwagen

Tafelwag., Gewichte.
Georg Wagner
Cöpenicker Str. 71

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
13 Cottbuser Damm 13
Schöne Reste in Frotté, Voile, Gabardine, Tuch usw. Reste für Herren-Anzüge, Schlüpfer
Ia Qualitäten, Staunend billig!

Geschlechtskranke
Syphilis, Männerschwäche, Frauenleiden. Hartnäckige veraltete Ausflüsse finden schnelle Hilfe ohne Berufsstörung durch
Phorosanos
neues deutsches Reichspatent
Tausende, auch die schwersten Fälle, die anderweitig jahrelang ohne Erfolg behandelt waren, werden d. Phorosanos kurzfristig geheilt. Täglich viele Danksagungen u. Dankschreiben. Untersuchung und Aufklärung kostenlos. Teilzahlung. Gewissenhafte ärztliche Leitung. Phorosanos Heilanstalten: Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str., Brunnenstr. 191, nahe Rosenthaler Platz. — Getrennt für Herren und Damen. — Sprechst. 10—1, 4—7, Sonntags 10—12.

Einen wirklich guten Anzug
Mantel oder Hose kaufen Sie zu weit zurückhaltenden Preisen
Große Auswahl
Gelegenheit der Bekleidungsindustrie
Alexandrinenstraße 115

Quecksilber
kauft höchstzahlend
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Zeitungspapier
gebündelt, kg. 40
Haus- Wein- lumpen Flaschen
hohe Preise
Neukölln Weserstr. 176

Sie kaufen
gut und noch äußerst preiswert
in der Tabakwaren-Großhandlung
Walter Krausse
G. m. b. H.
Hasenheide 119, am Hermannplatz
Das Geschäft mit den Josetti-Schildern.

Strickjacken
aller Art, Jumper, Kimonos, Strandjäckchen etc. — Einzelverkauf bester Qualitätsware.
Billigste Bezugsquelle
Bruno Richter, Berlin-Pankow, Mendelstr. 36, I.
Fabrik-Niederlage thüring. Wollwaren.
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116.
Fernruf: Pankow 3723.

Gold Silber Platin -Bruch
Zahngebisse
Erich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
zahlt unüberbietbare Preise.
Trauringfabrik R. Felske,
Grosse Frankfurter Strasse 67.

Die Anfertigung moderner Korsetts, Reform-Korsetts, Kinderleibchen, Büstenhalter usw.
aus eingesandten Stoffen unter Benutzung besten Materials, als auch Reinigung und Wiederherstellung getragener Korsetts übernimmt bei billigster Berechnung
Korsett-Fabrik Richard Neeke